

BESETZUNG von 'KONKRET'

Wir besetzen die Redaktion von konkret, nachdem alle Versuche mit Röhl zusammenzuarbeiten gescheitert sind.

Wir fordern den Rücktritt von Klaus Rainer Röhl als Chefredakteur von konkret !

Es muß Schluß sein mit dem autoritären, selbstherrlichen, undemokratischen Regiment des Eigentümers Klaus Rainer Röhl als Chefredakteur in dieser Redaktion. Durch seine Praxis, jederzeit jeden Beitrag diskussionslos anzufordern, rauszuwerfen, umzuschreiben, falsch zu betiteln und zu bebildern, mit falschen Vorspannen zu präsentieren - kurz: zu verfälschen - wurden nachweislich unzählige Mitarbeiter dieser Zeitung - nicht zu ermessen, wieviele Leser - entpolitisiert, unfähig gemacht, linken Journalismus zu entwickeln und zu begreifen. Dem Schein nach eine linke Zeitung, wurden in den Beiträgen dieser Zeitung die Linken gegeneinander ausgespielt, ihre revolutionäre Arbeit zur modischen Erscheinung stilisiert, für den Konsum umfunktio-
vert. Die Kehrseite von Röhls leeren Bekenntnissen zur Linken

ist die Verfälschung ihrer publizistischen Äußerungen, die Diffamierung ihrer Aktionen und Gruppen. Ein Beispiel von vielen: Röhl's Report über die Kommune I im August 67 war der infamste Artikel, der jemals gegen die K I erschienen ist, er hatte nichts gemeinsam mit der Kritik an der K I in der Bewegung. In einer seiner letzten Leseransprachen erklärte er offen: Die linken Kritiker seiner Zeitung hätten nur ein Recht: seine Zeitung nicht zu lesen - womit er sein Verhältnis zur Linken eindeutig als ein profit-orientiertes Verhältnis zu für ihn x-beliebigen Käufern definiert hat. Nur durch Röhl's Rücktritt - die Aufhebung der Personalunion von Eigentümer und Chefredakteur - ist zu erreichen, daß aus konkret, das schon jetzt nichts als ein Herrenmagazin mit Links-Touch ist, wieder eine politische Zeitschrift wird.

Wir fordern die Übergabe der Zeitung an ein Redakteurskollektiv, das wir einsetzen werden!

Dem Journalismus der herrschenden Öffentlichkeit, einem schmutzig mit den herrschenden Interessen verfilzten Journalismus, ist linker Journalismus - ein schmutzig mit den Interessen der Unterdrückten verfilzter Journalismus - entgegengesetzt, nicht aber eine expertokratisch elitäre Neuaufgabe von bürgerlichem Journalismus als "guter Journalismus". Linker Journalismus kann nur entwickelt werden, wo die Schreiber selbst in den praktisch arbeitenden Gruppen mitarbeiten, wo die, die praktisch arbeiten, anfangen, selbst zu schreiben.

Wir fordern Einsicht in die Bücher und Mitbestimmung bei der Verwendung der Profite durch das Redaktionskollektiv!

Wir beanspruchen die Zeitung konkret für uns, da diese Zeitung wie keine andere mit uns und durch uns ihre Erfolge gemacht hat. Viele von uns haben jahrelang unentgeltlich für diese Zeitung gearbeitet. Mißbräuchlich hat Röhl sich das ihm treuhänderisch überlassene Kapital von uns angeeignet. Wir brauchen sie als organisierenden, aufklärenden und emanzipierenden Faktor in der und für die sozialistische Bewegung. Wir besetzen die Redaktion, nachdem alle Versuche, mit Röhl zusammenzuarbeiten, gescheitert sind: Der Versuch, der Genossen Nirumand, Dutschke, Enzensberger, Semler, Salvatore, Schneider u. a., Röhl mit den prominentesten Namen auf dem Höhepunkt der Bewegung im Frühjahr 68 zur Zusammenarbeit zu zwingen, ist ebenso gescheitert wie der Versuch der linken Redakteure und Mitarbeiter, von innen her die Demokratisierung der Redaktion zu erzwingen.

Ein Redaktionsrat zur Abwicklung der Übergabe an uns wird von uns bestimmt werden, sobald Röhl seinen Rücktritt erklärt hat. Solange verweigern wir die Mitarbeit an dieser Zeitung.

An den Universitäten hat die Vorbereitung auf eine revolutionäre Berufspraxis begonnen, in den Institutionen, auch in den Verlagshäusern und Redaktionen hat der Klassenkampf als revolutionäre Berufspraxis begonnen. Fangen wir bei konkret an!

Günther Amendt, Rudi Dutschke, Hans Magnus Enzensberger, Marianne Herzog, Jürgen Holtkamp, Peter Homann, Reinhard Kahl, Annegret Kirchhoff, Reinhard Lettau, Ulrike Marie

Meinhof, Wolfgang Neuss, Bahman Nirumand, Reimut Reiche, Rote Presse Korrespondenz (Berlin), Erika Runge, Detlev Schneider, Michael Schneider, Peter Schneider, Christian Semler, Eckardt Siepmann, Horst Thomeyer, Monika Seifert, Heinz Grossmann

DER IRAK UND DIE DDR

Die bürgerliche Presse, Rundfunk und Fernsehen deuten die Anerkennung der DDR durch den Irak, als wäre der Irak damit in das sozialistische Lager übergegangen.

Was bezweckt aber die irakische Regierung in der Tat mit diesem Schritt?

1. Das Schweigen des sozialistischen Lagers über ihre Verbrechen gegen die fortschrittlichen Kräfte im Irak zu erkaufen.
2. Die Ablenkung der Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit von der permanenten Vergewaltigung der Freiheit und der Menschenrechte im Irak.
3. Ein "progressiv-fortschrittliches" Deckmäntelchen, um ihre Isolierung innerhalb des irakischen Volkes zu durchbrechen.

Die irakische Regierung stellt nach wie vor eine reaktionäre Militärdiktatur dar, die alle oppositionellen Kräfte im Land, in erster Linie aber die progressiven Kommunisten, verfolgt, in die Gefängnisse steckt, foltert und heimtückisch ermordet.

Die Anerkennung der DDR ist zwar ein positiver und begrüßenswerter Schritt, ändert aber nichts am Wesen der verbrecherischen Militärdiktatur in unserem Lande.

Daher ändert die Anerkennung der DDR durch die herrschende Clique im Irak auch nichts an der Haltung der wahren progressiven Kräfte unseres Volkes, die Massen aufzurufen, zu organisieren und zu mobilisieren für den Kampf gegen die herrschende Diktatur.

Wir lassen uns durch solche Schritte der Unterdrücker unseres Volkes nicht täuschen und werden kompromißlos für den Sturz der Diktatur in unserem Lande kämpfen.

Wir - irakische Staatsbürger in Westberlin - fordern alle fortschrittlichen Kräfte und die sozialistischen Staaten auf, sich auf die Seite des irakischen Volkes und seinem Kampf für Freiheit und soziale Gerechtigkeit zu stellen und sich von "revolutionären Schritten" der herrschenden Clique im Irak nicht verführen zu lassen.

Irakische Staatsbürger in Westberlin
6. Mai 1969

AUFRUF ZUR SOLIDARITÄT MIT DEM UNTERDRÜCKTEN IRAKISCHEN VOLK!

Seit der Juli-Revolution im Jahre 1958 ist es keiner der bisherigen Regierungen im Irak gelungen, dem Wunsche des Volkes nach

demokratischen Freiheiten, sozialer Gerechtigkeit und Bodenreform, Lösung der Kurdenfrage auf der Grundlage der Autonomie für die Kurden, Beseitigung des Analphabetentums und Gleichberechtigung der Frau

gerecht zu werden.

Seit dem Sieg der Konterrevolution im Februar 1963 löst eine Militärdiktatur die andere, ein Ministerpräsident den anderen ab. Heute herrscht im Irak eine faschistische Militärdiktatur,